

Rede von Willy Brandt über die deutsch-deutschen Beziehungen (16. September 1989)

Legende: Am 16. September 1989, weniger als zwei Monate vor dem Fall der Berliner Mauer, betont Willy Brandt, Ehrenvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), auf dem niedersächsischen SPD-Landesparteitag, die Notwendigkeit der Vereinigung Europas und unterstreicht den Einfluss eines geeinten Europas auf die Zukunft der Deutschen in einer europäischen Friedensordnung.

Quelle: Sozialdemokratischer Pressedienst. R/Herausgeber Schmidt, Helmut G. 18.09.1989, Nr. 179. Bonn: Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH. "Zur europäischen Friedensordnung beitragen", auteur:Brandt, Willy , p. 5-6. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_deutsch_deutschen_beziehungen_16_september_1989-de-6e790bde-c23a-44fd-abf4-94588d16fd83.html

Publication date: 02/12/2013

Willy Brandt, *Zur europäischen Friedensordnung beitragen*

Die Zeichen für Europa - und für die Zukunft der Deutschen innerhalb einer europäischen Friedensordnung - stehen günstiger als noch vor wenigen Jahren. Die DDR wird sich dem weitreichenden Wandel, der im Osten eingange ist, auf die Dauer nicht entziehen können. Geschichtliche Prozesse von solchem Tiefgang kennen allerdings nicht nur gerade und störfreie Wege. Mit Rückschlägen ist also zu rechnen.

Eine Binsenweisheit besagt, daß die deutschen Aussichten - über die Zukunft der Menschen in den beiden bestehenden Staaten - in hohem Maße durch europäische Entwicklungen bestimmt sein werden. Sicher ist auch, daß wirklichkeitsfremdes Gerede über Grenzen das neue Denken im anderen Teil Europas nicht fördern, sondern nur nachteilig beeinflussen kann.

Die deutschen Sozialdemokraten haben durch ihre Politik erheblich dazu beigetragen, daß der Kalte Krieg überwunden wurde. Sie haben sich nachdrücklich darum bemüht, den Zusammenhalt zwischen den Menschen im geteilten Deutschland wach zu halten. Die Politik der kleinen Schritte hat sich bewährt; aber die Entwicklung führt jetzt über sie hinaus.

Selbstbestimmung und Einheit bleiben parteiübergreifende, nationale Orientierungspunkte. Umso befremdlicher ist die gleichermaßen unsachliche und heftige Polemik, mit der Nachzügler der Entspannungspolitik deren Wegbereiter überziehen. Vernünftigen Interessen dient das nicht.

Weiterziehende Perspektiven ersetzen nicht die gebotene Hilfe für Landsleute, die zu uns in die Bundesrepublik übersiedeln. Gleichzeitig darf die Verbundenheit mit denen, die bleiben und von denen sich viele zurückgelassen fühlen, nicht Schaden leiden. Es gilt wach zu halten, daß der heutige Osten Deutschlands den Krieg nicht mehr verloren hat als der Westen. Die dramatische Übersiedlungen tragen dazu bei, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands und ihren Menschen wieder als Thema auf der europäischen Tagesordnung erscheint - für viele eine lange verdrängte Möglichkeit.

Nicht nur bundesrepublikanische, auch gesamtdeutsche Interessen gebieten, den Zusammenschluss zwischen den Staaten in Europa zügig voranzubringen. Das gilt bei uns im Westen für den Ausbau der EG. Es gilt nicht minder für die zunächst vor allem wirtschaftliche Verbindung mit den anderen europäischen Staaten, nicht zuletzt den dazu bereiten östlichen Partnern. Für den Schutz der Umwelt sollte ohnehin bald ein gesamteuropäischer Handlungsrahmen geschaffen werden.

Von zentraler Bedeutung sind jetzt jene Verhandlungen, die für unseren Kontinent auf militärische Stabilität bei verminderter Rüstung abzielen. Beide deutsche Staaten sind hieran wesentlich beteiligt. Von beiden wird, bei allen Unterschieden, ein maßgeblicher Beitrag zur europäischen Friedensordnung erwartet.

Die Krise in der DDR entspringt in erster Linie dem mangelnden Vertrauen der Bürger in die politische Führung und deren Institutionen. Diese Krise kann nur durch eine konsequente Öffnung und ernste Reformen behoben werden: Bewegungs- und Meinungsfreiheit, Teilhabe statt Bevormundung. Wandel läßt sich, wie sogar das ferne chinesische Beispiel zeigt, nicht auf das wirtschaftliche Feld beschränken; er drängt auf das Mitwirken mündiger Bürger.

Überall, wo im Osten Meinungsvielfalt zum Durchbruch kommt, beginnen auch sozialdemokratische Ideen und Gruppierungen sich geltend zu machen. Wenngleich Parteigründungen nicht auf der Tagesordnung stehen, wird man sich in Ostberlin vor der Fehleinschätzung zu hüten haben, traditionelle Werte und in die Zukunft weisende Gedanken des demokratischen Sozialismus würden um die DDR einen Bogen machen.

In praktischer Hinsicht wird davon auszugehen sein, dass eine auszubauende deutsch-deutsche Zusammenarbeit und die verstärkte Teilnahme der DDR an europäischen Vorhaben sich für die vor uns liegende Zeit als hilfreich erweisen können.

Wenn die Teile Europas enger zusammenrücken, stellt sich die Frage, unter welcher Art von Dach sich die Deutschen solcher Aufgabengebiete werden annehmen können, auf denen sie mehr als andere gemeinsam

haben. Zunächst bleibt offen, wann und wie weit die beiden jetzt bestehenden Staaten in ein wesentlich engeres Verhältnis als bisher zueinander werden treten können.

Geschichtliche Erfahrung und Folgewirkungen des Zweiten Weltkrieges sprechen dafür, daß hierüber nicht durch die Deutschen allein zu entscheiden sein wird. Wer anderes vorgaukelt, versündigt sich an unserem Volk. Aus dieser Einsicht folgt für mich weder Pessimismus noch Resignation, sondern die Pflicht zu noch engerer Verbindung der deutschen mit den europäischen Fragen.